

## Beschlussantrag

**der Gemeinderäte Christoph Wiederkehr und Markus Ornig**

**betreffend ausgeglichener Haushalt durch Einführung einer Schuldenbremse**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post 1 (Generaldebatte) in der 71. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 29. und 30.6.2020**

Mit dem Rechnungsabschluss 2019 hat die Stadt Wien zum ersten Mal seit dem Jahr 2007 einen Überschuss erwirtschaftet und den Schuldenstand reduziert. Dieses positive Ergebnis von EUR +9,2 Mio. ist maßgeblich auf die gute wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2019 zurückzuführen - gegenüber den Planungen im Voranschlag 2019 stiegen die tatsächlichen Einnahmen um EUR 457 Mio.

Dies ist erfreulich, aber keineswegs ein Zeichen für eine nachhaltige Haushaltsführung, denn eine ausgabenseitige Reform erfolgt nach wie vor nicht. Gemessen an den wirtschaftlichen Prognosen für die Jahre 2020 - 2022 hätte sich die Stadt Wien schon ohne COVID19-Krise schwer getan Überschüsse in diesem Zeitraum zu erzielen. Mit Einbeziehung der Corona-Entwicklung ist dies ohnehin illusorisch, da Wien allein im Jahr 2020 ein Defizit von bis zu einer Mrd. Euro bevorsteht.

Auch die Folgejahre werden alles anderes als einfach werden. Umso desaströser wirkt sich nun die verschwenderische Haushaltsführung der letzten Jahre aus. In den Jahren 2007 bis 2019 ist der Schuldenstand der Stadt Wien - trotz zeitweiser positiver wirtschaftlicher Entwicklungen - von EUR 1,395 Mrd. auf EUR 6,691 Mrd. angestiegen. Dabei sind die Schulden der ausgelagerten Unternehmen und Unternehmungen noch gar nicht berücksichtigt. Diese Entwicklung ist verantwortungslos und ein desaströser Raubbau an den Chancen der nächsten Generation. Gerade in einer Phase der Hochkonjunktur, wie sie Österreich und den letzten Jahren durchlaufen hat, wäre eine antizyklische Budgetpolitik und damit ein Abbau des Schuldenbergs geboten gewesen, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten - wie sie nun wieder auf uns zu kommen - mehr Handlungsspielraum zu haben.

Klar ist, dass Wien in der aktuellen Situation einen kräftigen Wirtschaftsturbo - Entlastung von Haushalten und Betrieben durch die Senkung der Gebühren und vorziehen bereits geplanter Investitionen - braucht, langfristig muss der Wiener Haushalt aber nachhaltig und generationengerecht aufgestellt werden. Mit einer Schuldenbremse kann die Stadt in Krisenzeiten weiterhin Schulden machen, dafür müssen in wirtschaftlich positiven Zeiten auch tatsächlich Schulden abgebaut werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert den Stadtsenat und insbesondere den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales dazu auf, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um über einen längeren Zeitraum einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen. Insbesondere ist dem Wiener Landtag ehestmöglich ein Entwurf zur Änderung der Wiener Stadtverfassung vorzulegen, durch den sich der Stadtsenat dazu verpflichtet, über den Konjunkturzyklus ausgeglichen zu budgetieren. Damit wird einerseits ermöglicht in Krisenzeiten Schulden zu machen und zu investieren, andererseits werden in Jahren mit hohem Wirtschaftswachstum auch Schulden zurückgezahlt.

*In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.*

Wien, 29.06.2020

*[Handwritten signatures]*

*[Handwritten signature]*